

In der Aula des MGB stellten sich die Schüler dem Thema "Kriegsdienstverweigerung". Oberbürgermeister Martin Wolff mahnte vor jenen Menschen, die gerne "zündelten". Volker Behrens und Rudi Friedrich, beides Friedensaktivisten, stellten menschliche Schicksale vor und moderierten die Veranstaltung.

Frieden erhalten und Ideen gegen den Krieg

Podiumsdiskussion am Melanchthon-Gymnasium Bretten anlässlich der Friedenstage

"Erinnern, Gedenken, Mahnen" seien drei kleine Worte die, wenn man sie beachte, viel Schlimmes verhindern könnten, erklärte Oberbürgermeister Martin Wolff zu Beginn der Podiumsdiskussion in der Aula des Melanchthon-Gymnasiums Bretten am gestrigen Dienstag. Schüler des MGB, von Edith-Stein-Gymnasium und Berufsschule hatten sich zusammengefunden, um

im Rahmen der Friedenstage über das Thema "Kriegsdienstverweigerung" zu diskutieren. Zuvor hatte Schulleiterin Elke Bender das Aufkommen rechtsextremer Tendenzen thematisiert. "Was habt ihr für Ideen, gegen den Krieg aktiv zu sein?", fragten die beiden Friedensaktivisten Volker Behrens und Rudi Friedrich zu Beginn und erhielten viele Antworten.

So sollten nach Meinung der Teilnehmer Waffenexporte gestoppt, die Regierungen vor Ort gestärkt und Mahnmale errichtet werden, die an den Krieg erinnerten. Waffen sollten besteuert werden und das Thema "Frieden" Inhalt des Lehrplans sein. Die Wehrpflicht sei abgeschafft, so Volker Behrens. Auch die Jugendlichen von heute

müssten sich mit dem Gedanken auseinandersetzen, einmal damit konfrontiert zu werden. An Beispielen von Kriegsdienstverweigerung in Krisengebieten bereiteten Behrens und Friedrich das Thema auf und forderten die Jugendlichen auf, genau hinzuschauen, wann es zu militärischen Interventionen komme. Oft stünden wirtschaftliche oder machtpolitische Interessen dahinter.

Briefe zwischen Adenauer und De Gaulle

Jugendgemeinderäte gestalteten "Tag der Freundschaft" mit

Die beiden Jugendgemeinderäte Willi Kraft und Marla Reiß hatten die Einladung der Stadt Bretten angenommen, an der Bürgerreise am Sonntag, 4. November anlässlich des „Tages der Partnerschaft“ nach Colombey-les-deux-Églises teilzunehmen. Gemeinsam mit den Freunden der Partnerstadt Longjumeau besuchte die Brettner Delegation den geschichtsträchtigen Ort, an dem der Grundstein für das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich gelegt wurde. Im Landhaus „La Boiserie“ von Charles De Gaulle, dem Ort, wo

sich heute ein Museum befindet, lasen Mitglieder des Kindergemeinderates von Longjumeau und die beiden Brettener Jugendgemeinderäte Briefe von Konrad Adenauer an De Gaulle und umgekehrt, Briefe, die die Freundschaft zwischen den beiden Staatsmännern bezeugen. „Die Reise nach Colombey-les-deux-Églises war eine tolle Erfahrung“, erklärten Willi Kraft und Marla Reiß einhellig. Man habe die Möglichkeit, sich mit den Teilnehmern aus Longjumeau auszutauschen sehr genossen. Auch das Vorlesen aus den Briefen sei eine beeindruckende Erfahrung gewesen.



Marla Reiß (2. v.l.) und Willi Kraft (rechts) bei der Gedenkveranstaltung mit OB Martin Wolff und Bürgermeister Michael Nöltner, Organisatorin Heidemarie Leins (links) und den französischen Freunden aus Longjumeau bei den Feierlichkeiten in Colombey-les-deux-Églises.

Krämermarkt mit Tradition



Auf dem Krämermarkt in Bretten kann man beim Besenbinden zuschauen. Auch Kunsthandwerk, Kleidung und Gewürze wurden angeboten.

Am 6. November 2018 fand in Bretten wieder der traditionelle Herbstkrämermarkt statt. Rund 35 „Fliegende Händler“ schlugen auf dem Marktplatz und in der Fußgängerzone ihre Verkaufsstände auf und boten von 8 bis 19 Uhr Haushaltswaren, Gewürze oder Kunsthandwerkliches an. Dabei konnte man auch zuschauen, wie etwa Besen und Bürsten direkt am Stand von Hand gefertigt wurden. Neu in diesem Jahr waren ein Baumstriezel-Stand und ein Stand

mit heißen Maroni und Glühwein. Bei schönstem Herbstwetter nutzten zahlreiche Besucher die Möglichkeit zum Bummel in der Stadt. Koordinatorin Bettina Mannuß, die beim Amt für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften für die Märkte zuständig zeichnet, sprach von einem erfreulichen Ergebnis. Es seien viel mehr Besucher als an einem normalen Wochentag in die Stadt gekommen. Davon profitiere auch der Einzelhandel in der Brettener Innenstadt.



Die 20 ersten Kommunen des Projekts „Natur nah dran“ wurden in Wendlingen von Staatssekretär Dr. Andre Baumann und dem NABU-Landesvorsitzenden Johannes Enssle gewürdigt. Mit dabei waren Bürgermeister Michael Nöltner (4. v.l.) und der Gärtnermeister und Sachgebietsleiter Grünpflege der Stadt Bretten, Manfred Jenning (4.v.l.)

Bretten erhält Auszeichnung für Projekt "Natur nah dran"

Förderung insektenfreundlicher Bepflanzung gegen das Insektensterben

Am Dienstag, 23. Oktober 2018, zeichneten der Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Dr. Andre Baumann und der NABU-Landesvorsitzende Johannes Enssle in Wendlingen die Stadt Bretten für die erfolgreiche Teilnahme am Projekt „Natur nah dran“ aus. Bürgermeister Michael Nöltner und der Gärtnermeister und Sachgebietsleiter Grünpflege der Stadt Bretten, Manfred Jenning, nahmen die Urkunde entgegen. Im Rahmen des Projekts „Natur nah dran“ hat die Stadt Bretten Grünflächen in artenreiche Wildblumenwiesen umgewandelt. So etwa am Kreisel, an der Bahnhofstraße, am Alexanderplatz, an der Wil-

helmstraße und am Hohberghaus, wo Lebensräume für Wildbienen, Schmetterlinge und andere Insekten entstanden. Die im vergangenen Jahr vorgenommene Aussaat hat in diesem Jahr erst ihre Pracht entfaltet. Auf Initiative des NABU Bretten habe der Bauhof dieses Projekt erfolgreich umgesetzt. "Dafür herzlichen Dank! Dieses Engagement wollen wir weiterführen und ausbauen. Wir hoffen auch weiterhin auf die Unterstützung durch die Bevölkerung – auch wenn die Flächen wie jetzt im Herbst mal etwas struppiger aussehen“, erklärte Michael Nöltner. Dabei habe die Wildblumenwiese ausschließlich Vorzüge: sie werde nur einmal eingesät, sei optisch

ansprechend und dazu noch sehr pflegeleicht. Außerdem unterstütze man damit die Erhaltung der biologischen Vielfalt. Damit ist Bretten eine der ersten Kommunen gewesen, die sich an dem Projekt „Natur nah dran“ beteiligt hat. Die ersten 20 dieser „Natur nah dran“-Kommunen erhielten eine Einladung nach Wendlingen. „Die Entwicklung der umgestalteten Projektflächen zeigt jetzt schon, dass selbst kleine Flächen mit den passenden Wildpflanzen die biologische Vielfalt im direkten Wohnumfeld der Bürgerinnen und Bürger fördern können“, betonte Staatssekretär Dr. Andre Baumann. Beim Erhalt der Biodiversität komme Städten und Gemeinden eine

Schlüsselrolle zu. Die Stadt Bretten fördert im Rahmen von Vorträgen an der VHS, gemeinsam mit dem NABU Bretten, die Entwicklung insektenfreundlicher Flächen. Im Oktober verfolgten rund 50 Teilnehmer den Vortrag von Manfred Jenning und Norbert Fleischer, dem Vorsitzenden des NABU Bretten. Damit möchte die Stadtverwaltung einen Gegenentwurf zum umstrittenen "Steingarten" aufzeigen und Hauslebauer und Hausbesitzer für eine insektenfreundliche Bepflanzung des Vorgartens mit Natursträuchern und Wildblumen gewinnen, um dem Insektensterben Einhalt zu gebieten.

Prominentensammlung

Am 11. November 1918 endete auf den westlichen Schlachtfeldern der Erste Weltkrieg, in dem insgesamt 17 Millionen Menschen getötet wurden. Daran erinnern fast alle europäischen Staaten. Auch der Volksbund wird nicht müde, an die Folgen dieses Krieges zu erinnern. Um Frieden zu erhalten und weiterzuentwickeln, müssen wir auch weiter vom Ersten Weltkrieg erzählen. Wir müssen erzählen, wie schwer errungen Friede und unser Wohlstand in Europa ist. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. setzt sich auch dafür ein. Auch in diesem Jahr unterstützen in Bretten zahlreiche Prominente die Arbeit des Volksbunds durch die Teilnahme an der Auftaktsammlung.

Die Sammlung der Prominenten findet statt am Samstag, den 17. November 2018, in der Zeit von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr Marktplatz Bretten

FDP/Bürgerliste

Sozialer Mietwohnungsbau

Neue Wege beschreitet Bretten ab 2019 bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Es geht voran; angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt wurde es höchste Zeit, dass die Stadt die Initiative ergreift. Nach geringen Fortschritten in den vergangenen Jahren glänzt Bretten nun sogar mit einem Pilotprojekt, im Zuge dessen Fördermittel seitens des Landes durch eine kommunale Komponente erweitert werden. Dies wird hoffentlich auch private Investoren animieren, Mittel für günstige Mietwohnungen bereitzustellen. Kurzum: Wir begrüßen den Ratsbeschluss, haben wir doch immer wieder kommunales Engagement im Sozialwohnungsbau angemahnt, zuletzt in der Haushaltsrede 2018. Der große Wurf zur Beseitigung von Wohnungsknappheit wird hierzulande allerdings nur gelingen, wenn das Angebot an Wohnraum insgesamt erheblich zunimmt. Dabei ist der Bund gefordert, Investitionshemmnisse wie die Mietpreisbremse zu streichen. Kommunen wie Bretten können den Mangel leider nicht im Alleingang beheben.

Industriegebiet Gölshausen VII

Nach siebenjähriger Pause geht es endlich weiter! Es ärgert uns jedoch, dass Stellungnahmen und Gutachten aus Mitte 2015 erst jetzt veröffentlicht werden. Speziell das Gutachten CIMA ist detailliert und gewinnbringend. Es forderte bereits vor drei Jahren, dass die Stadt weitere Gewerbegebiete in einer Größe von 15 bis 20 Hektar angehen muss, um ihren Bestand an Arbeitsplätzen (und Gewerbesteuererinnahmen!) zu halten und mittelfristig auszubauen. Mangels weiterer Initiativen abseits von Gölshausen erleidet Bretten eine spürbare Entwicklungslücke. Denn die gesamte Fläche von Gölshausen VII ist bereits an hiesige Firmen für Erweiterungen vergeben, Neufäche für ansiedlungswillige Unternehmen steht nicht zur Verfügung. Es bleibt viel zu tun!

Bündnis90/DIE GRÜNEN

Grüner Erfolg: Wohnungsbauförderung steht!

Nach über einem Jahr Vorarbeit der Verwaltung hat der Gemeinderat letzte Woche einstimmig das Wohnungsbauförderungsprogramm sowie baulandpolitische Grundsätze der Großen Kreisstadt Bretten beschlossen. Unsere Anträge zu beiden Themen haben diesen Weg eingeleitet und der Gemeinderat ist uns darin jeweils gefolgt. Die Stadt Bretten schafft sich mit diesem Beschluss einen wohnungsbaupolitischen Werkzeugkasten, der uns in die erste Reihe der Städte stellt, die sich aktiv um bezahlbaren Wohnraum kümmern. Künftig wird der geförderte Wohnungsbau mit seinen Mieten, die rund ein Drittel unter dem allgemeinen Neubaumietniveau liegen, allen interessierten Bauträgern offenstehen. Die Förderbedingungen sind so ausgestaltet, dass Investoren Interesse zeigen. Der geförderte Wohnungsbau wird nicht mehr ausschließlich als Aufgabe der Städtischen Wohnungsbau GmbH gesehen, die nur eine begrenzte Wirkung entfalten kann. Hier konnten wir GRÜNE in Verwaltung und Rat einen deutlichen Meinungsumschwung auslösen.

Während der Erarbeitung des Programms hatten wir immer wieder auch Zweifel, ob die Verwaltung am Ende auch etwas auf dem Tisch legen wird. Aber Herr Bohmüller und Frau Lafferton haben am Dienstag gute Arbeit abgeliefert – herzlichen Dank!

Bei den Baulandpolitischen Grundsätzen zielte der Grundgedanke darauf ab, Investoren notwendige B-Planänderungen, die sie für ihr Projekt brauchen, nicht einfach zu schenken, sondern eine wohnungspolitische Gegenleistung einzufordern.

Wer in die Zukunft aufbricht, betritt Neuland. Wir werden und müssen Erfahrungen mit den Programmen sammeln. Wenn wir dann in drei Jahren da oder dort nachjustieren müssen, ist das völlig normal. Zum 31.12.2021 muss das Programm evaluiert werden. Dann bestimmt der Gemeinderat, wie es weiter geht.

Ein wichtiger Punkt in der Wohnungsbauförderung bleibt jetzt noch offen, der vor allem die Stadtteile betrifft. Wir GRÜNE wollen erreichen, dass Familien, die selbstgenutzten Wohnraum in den Ortskernen – wo Überalterung und sanierungsbedürftige Häuser vorherrschen – erwerben oder bauen, eine Förderung erhalten – anstelle der bisherigen Bauplatzfamilienförderung. An diesem Teilprogramm muss jetzt noch gearbeitet werden. Der Gemeinderat kann sich – so nehmen wir es wahr – damit anfreunden. Voraussetzung ist, dass die Stadtplanung die Ortskerne sinnvoll abgrenzt und die Fördertatbestände beschreibt.

Es grüßen

Dr. Ute Kratzmeier, Otto Mansdörfer, Harald Müller

Freie Wähler-Vereinigung e.V.

Lieber Bürgerinnen und Bürger,

wir brauchen Baugebiete zur Wohnbebauung, wir brauchen Baugebiete für das produzierende Gewerbe, Bürolflächen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Wir brauchen, wir brauchen Diesen Satz hört der Gemeinderat nur zu oft. Von der Bürgerschaft und intern vom Ratsgremium.

Wenn die Ausweisung von Gewerbeflächen mittlerweile sehr lange dauern, dann hat das nichts mit dem Nicht-wollen der am Verfahren beteiligten Gremien zu tun. Die Starkregenereignisse zeigten noch rechtzeitig auf, welche Maßnahmen für den Hochwasserschutz im Bebauungsplan „Industriegebiet Gölshausen, VII. Abschnitt“ notwendig sind. Das ist jetzt genau der Punkt, dass die vielen versiegelten Flächen durch Bebauung oder sonstige Aktivitäten die Zielgerade des Verderbens eingeschlagen hat. So geht es nicht weiter, aber wie denn sonst? Das heißt, es können nicht nur Bungalows vorgegeben werden. Die Chance, den Flächenverbrauch zu reduzieren, besteht nur in einer Bebauung, die mehrere Etagen hat. Natürlich sind die zu verlagernden Firmen bestimmt nicht alle darauf aus, die angedachte maximale Stockwerkshöhe auszunutzen, aber möglich ist es schon. Die Firmen, deren Namen noch Verschlussache sind, wollen sich erweitern. Aber der kostbare Grund und Boden kann eben nicht beliebig vermehrt werden.

Die FWV steht dafür, dass Brettener Firmen der Vorzug gegeben werden muss, wenn sie einen weiteren Bedarf haben. Das war eine Wahlaussage. Es war auf unsere Nachfrage gut zu hören, dass die dann aufzugebenden Betriebsflächen von anderen genutzt werden können.

Ende gut, alles gut, nein. Der Bebauungsplan geht nun in die weiteren Schritte, die Bevölkerung hat noch die Möglichkeit, ihre Meinung dazu zu sagen. Aber vielleicht gibt es doch ein Umdenken, wenn der eigene Arbeitsplatz vielleicht in einem Hochhaus liegt? Die FWV wünscht sich einen Konsens und die Akzeptanz noch möglich sein wird. Wichtig ist für uns auch das Verhältnis Geländeverbrauch zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Mehrheitlich stimmte vor vielen Jahren der Gemeinderat für das Abholzen des Rüdtdwaldes von immerhin 21 ha. Wie sagte damals der Oberbürgermeister? Es werden viele Firmen dort ihren Platz finden. Doch dann kam es anders. Schon längst war vorher bekannt, die Fläche diente der Umsiedlung eines örtlichen Großbetriebes. Das Ergebnis: Produziert wird immer noch in Rinklingen. Vom Umsiedeln auch nach mehr als zehn Jahren keine Spur. So soll es bei diesem Karussell nicht sein. Hier bauen, umsiedeln und frei machen. Dazu gehört eine zeitnahe Bauverpflichtung.

Die künftige Wohnbauentwicklung in Bretten hat Pilotfunktion, die Bretten gut tut. Richtlinien zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus und der Festlegung von baulandpolitischen Grundsätzen bringen die Investoren in eine auskömmliche Lage.

Herzliche Grüße
Ihre FWV

SPD

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

’Sozialer Wohnungsbau’ ist als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Land und Kommune zu qualifizieren. Er umfasst neben dem Mietwohnungsbau und dem Kauf von Belebungsrechten auch die Wohneigentumsbildung für einkommensschwache Bevölkerungsschichten. Des Weiteren sind altengerechter und barrierefreier Umbau sowie energetische Sanierungsmaßnahmen zu fördern. Seit Jahren fordern wir in jeder Haushaltsrede den sozialen Wohnungsbau neu aufzulegen. Dies ist immer wieder den Sparmaßnahmen und Schuldenabbau geopfert worden. Nicht nachgedacht haben wir über die Gründung von Genossenschaften, die hier einspringen können, Dies wollen wir in Zukunft verfolgen. Der heutige Beschlussantrag ’Richtlinien zur Förderung des sozialen Wohnungsbau’ neu einzuführen und die ’Baulandpolitischen Grundsätze zu einem neuen Planungsrecht für wohnbauliche Entwicklung’ gehen in die richtige Richtung. Um Wohnraum in der Innenstadt und in den Ortsteilen zu schaffen, um die Abwanderung von jungen Familien zu verhindern, werden wir einen Antrag stellen, wir nennen ihn ’Jung kauft Alt’. Er soll es jungen Familien mit finanzieller Unterstützung der Kommune den Kauf von Häusern, die mindestens 25 Jahre alt sind, ermöglichen.

Die SPD Fraktion begrüßt es, dass die Erweiterung des Industriegebietes in Gölshausen endlich weitergeht. Der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine alte Forderung der SPD. Wir würden gerne wissen, ob es interessierte Firmen für dieses Gebiet gibt? Hat der Ortschaftsrat in Gölshausen mehr Kenntnisse über diese Firmen?

Wieso wurde die Straßenführung im neuen Plan geändert Bei der Höhe der Gebäude sind wir beim Ortschaftsrat, wenn gleich wir glauben, dass diese Höhe nur bei Bürogebäuden gebaut wird.

Wir wollen keine Ansiedelung von Hochregallagern, denn bei einem hohen Verbrauch an Fläche gibt es da nur wenige Arbeitsplätze. Wir fordern die Verwaltung auf, sich mit dem Ortschaftsrat auseinander zu setzen, um eine einvernehmliche Lösung zu finden.

Gut finden wir die Maßnahmen beim Hochwasserschutz, auch die Ausgleichsmaßnahmen in der Kernstadt, bei welchen die Bachläufe umgestaltet werden und dieses eine positive Auswirkung für das Stadtbild haben wird.

Angefragt haben wir, wie die Verwaltung zu dem Brief einer Anwohnerin der Georg-Wörner-Straße steht. Hier geht es um das Parken an der Einmündung von der Pforzheimer Straße her. **Das Parken dort ist eine Verkehrsbehinderung**, die auch nach unserer Auffassung schnellstens geändert werden muss.

Birgit Halgato ist seit Novmber stellvertretende Fraktionsvorsitzende

SPD Fraktion

Renate Knauss, Birgit Halgato, Brigitte Schick, Edgar Schlotterbeck

CDU

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

ein lange gehegter Wunsch der CDU und auch vieler Bürger geht in einen weiteren Verfahrensschritt. Nach nunmehr 9-jährigem Stillstand in der Sache Neuausweisungen von Gewerbe- und Industrieflächen kommt nun die dringend notwendige Bewegung. Bisher sind nach unserem Kenntnisstand und nach persönlicher Ansprache die Firmen eher ins Umland, abgewandert, weil in Bretten kein Platz für Neuan siedlungen vorhanden war. Die CDU möchte den Wirtschaftsstandort Bretten gerne stark und zukunftsfähig sehen, deshalb dürfen wir die Potenziale, die sich mit der Prognose für 2030 ergeben, nicht weiter wirkungslos verpuffen lassen! Mit Blick auf das Gutachten der Firma CIMA wird klar, dass nicht nur die Erweiterung des Industriegebietes Gölshausen durch den 7.Abschnitt unumgänglich ist, sondern auch noch weitere 18 Hektar Fläche bis 2030 benötigt und entwickelt werden müssen!

Die CDU Fraktion möchte in dem Zusammenhang die Verwaltung dringend ersuchen hier von der Bremse herunter zu gehen und aufs Gaspedal umzusteigen!

Zum Thema Lärm sehen wir die Gebieterweiterung, auch nach den Stellungnahmen eher als unkritisch an, da es auch deutlich mehr räumliche Distanz zu den bestehenden Industrieanlagen und der Gölshäuser Wohnbebauung gibt. Dass in einer Zeit, in der Flächenverbrauch reduziert und die Neuerschließung nachhaltig betrieben werden muss, die Notwendigkeit für den Bau in die Höhe besteht, ist unumstritten. Mit 10 Metern Gebäudehöhe werden hier aber keine Hochhäuser gebaut. Die CDU befürwortet auch diesen Schritt. Allerdings sehen und folgen wir auch den Wünschen des Gölshäuser Ortschaftsrates, dass die 10 Meter Höhe nur in den Bereichen zu realisieren sind, in denen die Horizontlinie nicht überschritten wird. Was es zu bemängeln gilt, sind jedoch folgende Punkte: - Zum einen ist es sehr bedauerlich, dass die Stadt Bretten nicht schon viel früher daran gedacht, hat ein Umweltpunktekonto einzurichten. Das ständige „vom Hand in den Mund“ leben in der Thematik kann für weitere Gewerbe- und auch Wohngebieterschließungen nicht förderlich sein! Von dem her begrüßen wir die Beantragung dieses Punktekontos und bedanken uns bei der Amtsleitung Amt 60 zu diesem Schritt.

- Dass das Gutachten der Firma CIMA seit 2014 in der Schublade lag, spricht für sich, und das kann für Bretten sicher nicht positiv sein!

- Weiterhin ist es als Gemeinderat sehr unangenehm, erst in der Gemeinderatssitzung von Beschlüssen des Ortschaftsrates des betreffenden Ortsteils zu erfahren! Wir mussten die Folgen jetzt wiederholt erleben! Wir bitten hier nochmal darum diese Praxis endlich zu verändern und den Ortschafts und Gemeinderäten genügend Zeit für eine gegenseitige Kontaktaufnahme einzuräumen.

Die Ausgleichsmaßnahme am Seedamm scheint auf den ersten Blick ein guter Schritt zu sein, dabei gilt es aber zusätzlich zu berücksichtigen, dass dieser Bachlauf dann noch regelmäßiger gereinigt werden muss. In den Steinschüttungen fängt sich nämlich deutlich mehr Unrat wie im bisherigen Bachbett. Als abschließenden Punkt möchten wir auf die weitere Ausweisung von zusätzlichen Gewerbeflächen mit Blick aufs Jahr 2030 eingehen.

Die Empfehlung lautet die weiteren Standorte „Vordere Schmalzhälde“ und „In der Riß“ mit in die Planung einzubeziehen. Grundsätzlich gut, aber wir geben zu bedenken, dass im Bereich „In der Riß“ zum einen die Hochwasserthematik eine Schwierigkeit bedeuten würde und zum anderen ggf. eine Kollision mit der geplanten B 294 Südumgehung erfolgen könnte! Die in der Vergangenheit von der CDU in diesem Bereich favorisierte Lösung wäre, an der Südumfahrung Gewerbe- und auch Wohnflächen vorzusehen und anzusiedeln. Analog der Randerschließungsstrasse Oberderdingen. So können wir mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen.

DIE LINKE

Dass die Mieten auf dem Brettener Wohnungsmarkt nicht nur für sogenannte „sozial Schwache“, sondern zunehmend auch für Normalverdiener kaum noch erschwinglich sind, hat die LINKE seit Jahren immer wieder thematisiert, so z.B. mit einer Aktion gegen „Miethaie“ im Frühjahr 2017. Als Bündnis 90/ Die Grünen kurz danach im Gemeinderat beantragten, von Seiten der Stadt ein Konzept für sozialen Wohnungsbau in Bretten vorzulegen, wurde dies seitens der LINKEN öffentlich unterstützt.

Nun, fast anderthalb Jahre später, kam die Verwaltung endlich in die Gänge und legte „Richtlinien zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus“ und „Baulandpolitische Grundsätze“ vor. Die LINKE hat dieser Verwaltungsvorlage zugestimmt, weil sie grundsätzlich in eine richtige Richtung weisen. Optimal sind sie deswegen aber noch lange nicht. Mit städtischen Mitteln gefördert werden sollen künftig private Investitionen im sozialen Wohnungsbau, um damit den Bestand von Mietwohnungen mit Sozialbindung zu erhöhen.

Es stellt sich allerdings die Frage, warum in erster Linie auf private Bauträger abgehoben wird und die Stadt nicht viel mehr auf den Ausbau des Wohnungsbestandes ihrer städtischen Wohnbau GmbH abzielt. Auch die Regelung, wonach nur 20 % der Neubauvorhaben im Mietwohnungsbau eine Sozialbindung haben sollen (und nicht 30 bis 50 %, wie es die LINKE fordert) ist zu hinterfragen. Es bleibt abzuwarten, wie die Verwaltung das Konzept umsetzt und ob es den Interessen der Wohnungssuchenden gerecht wird.

Hohe Mieten sind sozialer Sprengstoff

Die Fraktion „die aktiven“ unterstützt und lobt die Richtlinien zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Bezahlbarer Wohnraum in der Kernstadt und den Ortsteilen ist für das friedliche Zusammenleben eine wichtige Grundlage, denn es darf nicht sein, dass bis zur Hälfte des Gehaltes diese für Miete benötigt wird. „die aktiven“ bitten um eine Aufstellung der städtischen Grundstücke, die für eine Bebauung geeignet sind.

Wochenmarkt

„die aktiven“ befürworten das gute Konzept zur Stärkung des Wochenmarktes. Kritisiert wird die zu kurze Dauer des Weihnachtsmarktes, der schon 8 Tage vor Weihnachten schließen soll. Das schwächt auch den Einzelhandel. Hier sollte noch eine Lösung gefunden werden.

Friedhof/Betriebshof

Die Fraktion „die aktiven“ fordern ein Gesamtkonzept für den Betrieb des Friedhofes und lehnen die Einzelmaßnahme der Verlegung des Betriebshofes ab. Auch war das Thema noch nicht im GR beraten worden. Zügig sollte der beschlossene Bau von zusätzlichen Parkplätzen erfolgen.

Öffentliche Bekanntmachungen

Beschluss des Gemeinderats der Stadt Bretten über die öffentliche Auslegung der Änderung eines Bebauungsplans im vereinfachten Verfahren gemäß § 3 Abs. 2 und § 13 BauGB

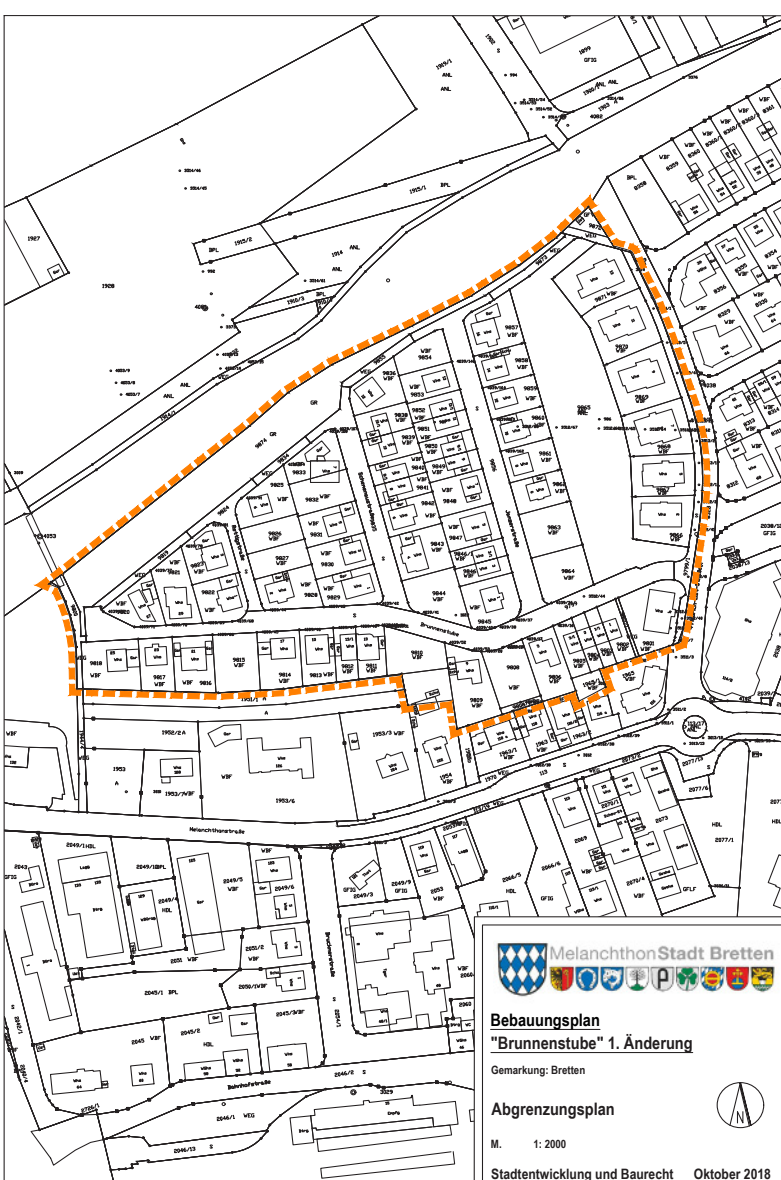
Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 06.11.2018 den Entwurf zur ersten Änderung des Bebauungsplans „Brunnenstube“ mit örtlichen Bauvorschriften und Begründung gebilligt und die öffentliche Auslegung beschlossen. Auf eine Umweltprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB verzichtet.

Der Entwurf zur ersten Änderung des Bebauungsplans „Brunnenstube“ mit örtlichen Bauvorschriften und die Begründung liegen in der Zeit vom **22.11.2018** bis zum **28.12.2018** im Technischen Rathaus Bretten beim Amt Stadtentwicklung und Baurecht, Hermann-Beutenmüller-Str. 6, 2. Obergeschoss, Zimmer 209, 75015 Bretten, während der Dienststunden zur allgemeinen Information der Öffentlichkeit öffentlich aus.

Während der Auslegung können Stellungnahmen (mündlich, schriftlich oder zur Niederschrift) bei der Stadt Bretten (Technisches Rathaus) abgegeben werden. Verspätet abgegebene Stellungnahmen können bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan gemäß § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben.

Gemäß § 4a Abs. 4 BauGB werden der Inhalt dieser Bekanntmachung, der vom Gemeinderat gebilligte Entwurf zur ersten Änderung des o.a. Bebauungsplans und der Entwurf der Begründung ab sofort bis zum Ende der öffentlichen Auslegung zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Bretten unter www.bretten.de/wirtschaft-energie-umwelt/bebauungsplaene-im-verfahren eingestellt.

Bretten, 14.11.2018
Bürgermeisteramt Bretten



Feststellungsbeschluss

Die Verbandsversammlung des Abwasserverbandes „Weißach- und Oberes Saalbachtal“ hat in der öffentlichen Sitzung am 07.11.2018 folgenden Beschluss gefasst:

Die Jahresrechnung 2017 wird gemäß § 95 Abs. 2 GemO mit folgenden Ergebnissen festgestellt:

1. Verwaltungshaushalt

Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 8.096.640,06 €
Übertragung von Haushaltsausgabenresten in das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 0,00 €
Übertragung von Haushaltseinnahmeresten in das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 0,00 €

2. Vermögenshaushalt

Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 3.295.923,87 €
Übertragung von Haushaltsausgabenresten in das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 420.000,00 €
Übertragung von Haushaltseinnahmeresten in das Haushaltsjahr 2018 in Höhe von 281.069,61 €

3. Vermögen

Die Bilanz weist eine Gesamtsumme aus von 40.942.359,65 €

4. Die Abrechnungen der Zins-, Betriebskosten-, Tilgungs- und Baukostenumlage werden anerkannt und genehmigt, sowie alle noch nicht genehmigten Mehrausgaben im Rechnungsjahr 2017.

5. Vom Rechenschaftsbericht 2017 wird zustimmend Kenntnis genommen.

6. Der Jahresabschluss 2017 ist der Rechtsaufsichtsbehörde und der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg als prüfungsbereit anzuzeigen.

Bretten, den 07.11.2018

Für die Verbandsversammlung:
Wolff Oberbürgermeister, Verbandsvorsitzender

Veranstaltungsreihe zum Fredericktag in der Stadtbücherei Bretten

Mit einer ganzen Reihe von Veranstaltungen beteiligte sich die Stadtbücherei Bretten auch in diesem Jahr am Fredericktag, dem erfolgreichen landesweiten Literatur-Lese-Fest. Der Fredericktag, 1997 vom Land Baden-Württemberg initiiert, wirbt seither für eine aktive Leseförderung und Steigerung der Lesekompetenz bei Kindern und Jugendlichen mit dem Ziel „Verführung zum Lesen“. Die Brettener Stadtbücherei bot Lesungen und Veranstaltungen für alle Altersgruppen. Extra aus Norddeutschland reiste die Kinderbuchillustratorin Julia Ginsbach an und begeisterte 250 Brettener Erst- und Zweitklässler mit einer interaktiven Lesung aus „Tafiti“, dem von ihr geschaffenen quirligen Erdmännchen. Seit Jahren ein Erfolgsrezept für gelungene und stets ausverkaufte Frederick-Veranstaltungen: die Kooperation der Stadtbücherei mit der Jugendmusikschule Unterer

Kraichgau e.V. Bretten und der Buchhandlung Kolibri.

Dieses Mal versprochen Grusel, Spuk und Geisterzauber mit Vorleser Jörg Schoch einen spannenden Vorlesenachmittag. Pfiffig musikalisch umrahmt wurde die Lesung von drei jungen Geigerinnen der Jugendmusikschule unter Leitung von Anna-Barbara Mayerle. Am Ende des Gruselnachmittages trafen sich schließlich alle Teilnehmer in der Buchhandlung Kolibri wieder zum Glitzerschleim und Monsternachts herstellen.

Auch an die Kindergartenkinder wurde während der Fredericktage gedacht: das Büchereiteam lud alle Brettener Kindergärten außerhalb der regulären Öffnungszeiten über zwei Wochen lang ein, um einem Erzähltheater, dem sogenannten Kamishibai, zu lauschen und ungestört nach Herzenslust im reichhaltigen Bilderbuchangebot der Bücherei zu schmökern.



Grusel, Spuk und Geisterzauber mit Vorleser Jörg Schoch begeisterte die Kinder beim spannenden Vorlesenachmittag.

Erziehungspartnerschaft- Tagespflege

In Erziehungsfragen konsequent an einem Strang ziehen, Absprachen treffen um sich bestmöglich zu ergänzen.... Das ist Kindertagespflege! Individuelle Betreuung, sowie passgenaue und flexible Betreuungszeiten, zeichnen die Kindertagespflege ebenfalls aus. „Aber diese Betreuungsform ist zu teuer“, keines Falls! Informieren Sie sich über Tagespflegepersonen bei Ihnen vor Ort und über finanzielle Zuschüsse.

Ihr Ansprechpartner für Fragen bzgl. Kindertagespflege und Tageseltern in der Gemeinde ist Frau Peschel, Telefon-Nr.: 07251 981 987-1 Email: i.peschel@tev-bruchsal.de Sprechstunden finden in Bretten, Gondelsheim, Oberderdingen und Sulzfeld im wöchentlichen Wechsel statt. Terminvereinbarung bitte unter 07252/9819871. Weitere Gesprächstermine können nach Vereinbarung gerne auch zu anderen Zeiten angeboten werden.

Die Stadt Bretten sucht engagierte und motivierte Fachkräfte

in den unterschiedlichsten Berufen, um die vielfältigen kommunalen Aufgaben service- und bürgerorientiert erledigen zu können. Haben Sie Interesse an einer Arbeit mit kompetenten Kolleginnen und Kollegen nahe am Menschen und im Sinne einer guten Entwicklung unserer Stadt?

Dann freuen wir uns auf Ihre Bewerbung.

Auf unserer Homepage finden Sie unter www.bretten.de/stadtrathausverwaltung/stellenangebote aktuell folgende ausführliche Stellenausschreibungen:

- **Leitung des Sachgebietes Allgemeine Verwaltung innerhalb des Amtes Stadtentwicklung und Baurecht**
- **Leitung des Sachgebietes Ordnung, Sicherheit, Soziales innerhalb des Ordnungsamtes**
- **Bachelor of Arts - Public Management bzw. Dipl. Verwaltungswirt (FH) (m/w/d) im Sachgebiet Organisation innerhalb des Hauptamtes**
- **Erzieher (m/w/d) an der Pestalozzischule**
- **Sachbearbeiter (m/w/d) im Sachgebiet Stadtkasse innerhalb des Kämmereiamtes**
- **Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste (m/w/d) im neu zu bildenden Sachgebiet Dokumentenmanagement, Stadtarchiv innerhalb des Hauptamtes**
- **Mehrere Gemeindevollzugsbedienstete (m/w/d) im Ordnungsamt**
- **Ausbildung Bachelor of Arts - Public Management, Gärtner/in, Garten- und Landschaftsbau**
- **Praktikant (m/w/d) in der Europäischen Melanchthon-Akademie Bretten**

BRETTE



Für Rückfragen steht Ihnen Frau Höpfinger (Tel. 07252/921-130) gerne zur Verfügung. Sollten Sie kein für Sie geeignetes Stellenangebot gefunden haben, besuchen Sie unsere Homepage zu einem späteren Zeitpunkt erneut.

Anmeldung zur Eheschließung

Nach Prüfung der zur Eheschließung notwendigen Dokumente durch den Standesbeamten (und ggf. des Präsidenten des Oberlandesgerichtes bei Eheschließung mit ausländischen Personen) steht fest, ob die Anmeldung zur Eheschließung rechtsverbindlich erfolgen kann. Wir empfehlen Ihnen deshalb, die Anmeldung zur Eheschließung (Gültigkeit: 6 Monate) rechtzeitig vorzunehmen. Bitte informieren Sie sich frühzeitig über die vorzulegenden notwendigen Unterlagen. Eheschließungen finden montags bis freitags statt. Das Standesamt Bretten bietet zusätzlich zu den üblichen Eheschließungsterminen Termine für **Samstagstraungen** an folgenden Tagen im Jahr **2019** an:

12. Januar, 09. Februar, 09. März, 13. April, 11. Mai, 08. Juni, 13. Juli, 10. August, 14. September, 12. Oktober, 09. November, 14. Dezember

Die Anmeldegebühr für Eheschließungen beträgt 40 €. Bei Anmeldungen, bei denen ausländisches Recht zu beachten ist, unabhängig von der Staatsangehörigkeit der Verlobten, beträgt die Gebühr 80 €. Hinzu kommen noch Kosten für Urkunden, Stammbuch, Aufenthaltsbescheinigung. Bei Samstagstraungen fallen zusätzlich Gebühren in Höhe von 60 € an. Das Trauzimmer „Georg-Wörner-Kabinett“ bietet Platz für ca. 24 Personen. Sollen mehr Gäste an der standesamtlichen Trauung teilnehmen, sprechen Sie uns an. Für größere Hochzeitsgesellschaften besteht die Möglichkeit den Bürgersaal zum Preis von 92 € im alten Rathaus anzumieten. Trauzeugen sind gesetzlich nicht mehr vorgeschrieben. Sie können aber bis zu zwei Zeugen nach erfolgter Anmeldung der Eheschließung schriftlich benennen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Standesamt

Öffnungszeiten und Angebote im Jugendhaus-Bretten

Das AWO-Jugendhaus ist ein Treffpunkt für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aller Nationen und sozialer Schichten. Ein Ort, an dem verschiedene Aktionen angeboten werden und dadurch der Dialog zwischen den Kulturen gefördert wird.

Montag:
Radwerkstatt 14:00 - 17:00 Uhr
Sprechstunde nach Vereinbarung

Dienstag:
Kindertreff 14:00 - 16:00 Uhr
Töpferwerkstatt 16:00 - 18:00 Uhr
Offener Jugendtreff 16:00 - 22:00 Uhr
Diskussionsrunde n.V. 18:00 - 19:00 Uhr
Tischtennistraining 19:00 - 21:00 Uhr

Mittwoch:
Kindertreff 14:00 - 16:00 Uhr
Offener Jugendtreff 16:00 - 22:00 Uhr
Offener Tanztreff 16:00 - 17:00 Uhr
Sprachförderung 16:30 - 18:00 Uhr
Wunschprogramm/Film 19:00 - 21:00 Uhr

Donnerstag:
Kindertreff 14:00 - 16:00 Uhr
Offener Jugendtreff 16:00 - 22:00 Uhr
Kochecke 16:00 - 18:00 Uhr
Hallensport MGB 19:00 - 21:00 Uhr
Training Boxsport 20:00 - 22:00 Uhr

Freitag:
Kindertreff 14:00 - 16:00 Uhr
Offener Jugendtreff 16:00 - 20:00 Uhr
Bewerbsttraining 17:00 - 19:00 Uhr
Turniere/Wettbewerbe n.V. 18:00 - 21:00 Uhr

Samstag:
Veranstaltungen/ Konzerte nach Vereinbarung
19:00 - 24:00 Uhr

Ansprechpartner:
Hartmut Baumgärtner, Jürgen Vedder (Einrichtungsleitung)
Telefon: 07252/7 88 92
E-Mail: jz.bretten@awo-ka-land.de



